

Newsletter

DIE LINKE.
Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag

Ausgabe 2 | 2011

Faire Löhne - Gute Arbeit

Themen dieser Ausgabe:

Arbeitnehmerfreizügigkeit

Alleinerziehende

Selbstbestimmungsstärkungsgesetz

KiTa-Mittel

Lastenausgleich statt Staatsverschuldung

Energiewende jetzt!

Frauenfacheinrichtungen und Mädchentreffs verteidigen

Quotierung im Aufsichtsrat des UKSH

Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge

Bildung und Autos

Am 24. Februar führte der DGB bundesweit einen Aktionstag gegen die Leiharbeit durch. DIE LINKE Fraktion im Landtag brachte zur Unterstützung einen Antrag in die letzte Plenartagung ein, der am Mittwoch, den ersten Sitzungstag, diskutiert worden ist.

Um Leiharbeit menschenwürdig zu gestalten und Lohndumping zu verhindern, forderte die Fraktion u.a. einen Flexibilitätszuschlag von 10% für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter im Vergleich zur Stammebelegschaft ab dem ersten Tag, einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro, ein Verbot von Leiharbeit in Betrieben, die bestreikt werden und die Zustimmungspflicht von Betriebs- und Personalräten beim Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern in einem Betrieb.

CDU und FDP brachten daraufhin einen Änderungsantrag ein, der lediglich die gleiche Bezahlung von in- und ausländischen LeiharbeiterInnen nach drei Monaten vorsah. Dieser wurde mit der Koalitionsmehrheit bei Enthaltung der Grünen angenommen. Der LINKE Antrag wurde von keiner anderen Fraktion unterstützt. Dass FDP und CDU dem Antrag nicht zustimmen würden, war schon vorher klar gewesen. Aber die Ablehnung von SSW und SPD ist auch nach der Debatte noch unerklärlich. Unrühmlich hier vor allem die Rede von Wolfgang Baasch (SPD), der der LINKEN „faule Komprisse“ vorwarf. Auch auf Nachfrage konnte Baasch diese Formulierung nicht begründen. Offensichtlich erfolgte die At-tacke aufgrund des schlechten Gewissens, selbst keinen Antrag eingebracht zu haben. Die Grünen verzichteten – nicht zum ersten Mal – auf eine klare

Meinung und enthielten sich auch bei dem Antrag. Björn Thoroewies in seiner Rede auf die Situation von Leiharbeitenden hin: „Allein vom Oktober 2009 bis zum Oktober 2010 wuchs die Zahl der Leiharbeitsverhältnisse in Schleswig-Holstein um 22,8%. In Schleswig-Holstein arbeiten nun 15.200 Menschen

in Leiharbeit. Und dieser Trend setzt sich fort. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter verdienen deutschlandweit im Durchschnitt nur 1456 Euro. Das, meine Damen und Herren, ist Ihr vielgepriesener Wirtschaftsaufschwung.“

Ebenso erinnerte er daran, dass es SPD und Grüne waren, die die menschenunwürdigen Zustände erst möglich gemacht haben: „Grüne und SPD sind ursächlich verantwortlich für den Boom im Bereich der Leiharbeit. Der DGB bräuhete seinen Aktionstag nicht durchführen, hätten Sozialdemokraten und Grüne im Zuge der Agenda 2010 nicht die Geister gerufen, die nun wüten.“

Positiv hervorzuheben ist, dass die Zusammenarbeit von Partei und Fraktion bei diesem Antrag gut funktioniert hat. Auf der Straße vor Betrieben standen am Aktionstag Mitglieder und verteilten Flyer gegen die Leiharbeit an Beschäftigte.



Demo für gerechten Lohn im öffentlichen Dienst vor dem Landtag - Foto: lionell Maas

Antrag zur Arbeitnehmerfreizügigkeit ab 11. Mai

Am 1. Mai weitet sich die Arbeitnehmerfreizügigkeit auf die acht neuen Beitrittsstaaten der EU (Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, Ungarn, Malta, Polen, Slowenien, Slowakei und Zypern) aus. Damit wird es für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den Ländern leichter, auch bei uns eine Arbeit aufzunehmen.

*„Der im Zuge der Hartz IV - Verhandlungen zwischen CDU und SPD gefundene Kompromiss zu Lohnuntergrenzen in der Zeitarbeit ist ein Hohn. 7,60 Euro in den alten und 6,65 Euro in den neuen Bundesländern als Lohnuntergrenze sind deutlich zu wenig.“
(Björn Thoro)*

Die SPD stellte auf der letzten Plenarsitzung einen Antrag, um auf die Gefahr von Lohndumping hinzuweisen, der mit dieser Neuregelung verbunden ist. Nur durch klare gesetzliche Regeln u.a. auch durch einen Mindestlohn kann ein Wettlauf um die niedrigsten Löhne vermieden werden.

Dem recht allgemein gehaltenen Antrag stimmte DIE LINKE zu und stellte klar, dass sie die Arbeitnehmerfreizügigkeit als Grundrecht betrachtet. Dieses Grundrecht darf allerdings nicht für Lohndumping missbraucht werden. DIE LINKE tritt auch in diesem Zusammenhang für gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ein. Angehörige anderer Staaten dürfen in Deutschland nicht weniger verdienen als deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

Björn Thoro machte in seiner Rede klar, was DIE LINKE von dem zwischen CDU, FDP und SPD gefundenen Kompromiss für einen Min-

destlohn im Bereich der Leiharbeit hält: „Der im Zuge der Hartz IV - Verhandlungen zwischen CDU und SPD gefundene Kompromiss zu Lohnuntergrenzen in der Zeitarbeit ist ein Hohn. 7,60 Euro in den alten und 6,65 Euro in den neuen Bundesländern als Lohnuntergrenze sind deutlich zu wenig.“

Das sieht auch die IG Metall so. Der IG Metallvize Detlef Wetzel sagte zu den Ergebnissen des Hartz IV - Geschachers im Vermittlungsausschuss: „Das Ergebnis ist beschämend für die beteiligten Parteien und schlimm für die Beschäftigten. Die Beschäftigten sollen offenbar für dumm verkauft werden. Mit den beschlossenen Lohnuntergrenzen wird lediglich abgebildet, was in den meisten Betrieben längst Realität ist. Zur wichtigsten Verbesserung konnten sich Union, FDP und SPD aber nicht durchringen: der Einführung von gleichen Löhnen für gleiche Arbeit.“

Und Wetzel weiter: „Die SPD muss sich entscheiden, für wen sie sich einsetzen will! Diesmal hat sie Politik gegen die Beschäftigten in der Leiharbeit gemacht.“

Dem ist nichts hinzuzufügen, hätte es nicht die Rede von Minister Klug gegeben. Dieser behauptete, dass die Oppositionsfraktionen Ängste schürten, „auf die sich auch andere politische Kräfte, mit denen wir alle nichts zu tun haben wollen, ausrichten.“ Diese Entgleisung von Minister Klug führte zu großer Unruhe im Landtag.

Alleinerziehende und ihre Kinder brauchen Wege aus der Armutsfalle

Der Landtag diskutierte die Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der SPD zur Situation alleinstehender Mütter und Väter und deren Kindern in Schleswig-Holstein. Für DIE LINKE machte die sozialpolitische Sprecherin der Fraktion, Antje Jansen, in ihrer Rede deutlich, dass Schleswig-Holstein hier in der Pflicht sei

*„Es kann ja wohl nicht sein, dass die Entscheidung oder die Notendigkeit, ein Kind allein zu erziehen, für beide, Elternteil und Kind mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Lebensweg durch die Flure der Armutsverwaltung vorzeichnet.“
(Antje Jansen)*

„Alleinerziehende machen mit 21 Prozent in Schleswig-Holstein ein Fünftel aller Familien mit Kindern unter 18 Jahren aus. Alleinerziehend zu sein bedeutet im Moment einen heftigen Druck, mitsamt den Kindern in Armut abgedrängt zu werden. Das ist nicht hinnehmbar.“ Es könne ja wohl nicht sein, führte Antje Jansen weiter aus: „dass die Entscheidung oder die Notendigkeit, ein Kind allein zu erziehen, für beide, Elternteil und Kind mit hoher Wahrscheinlichkeit einen Lebensweg durch die Flure der Armutsverwaltung vorzeichnet.“

Jede dritte Alleinerziehende im Hartz IV-Bezug ist erwerbstätig. Das heißt umgekehrt: Jede dritte Alleinerziehende im Hartz IV-Bezug kann von ihrem Erwerbseinkommen den Lebensunterhalt für sich und die Kinder nicht bestreiten.



Foto: Lionel Maass

Sie arbeiten zu 58 Prozent in Minijobs. Ein Drittel hat Teilzeitjobs. Immerhin ein Zehntel kann trotz Vollzeitarbeit nicht auf zusätzliches Hartz IV-Leistungen verzichten. Mindestens für Alleinerziehende erweist sich die Armutsfalle Hartz IV in vielen Fällen als Systemfalle. Wie soll die alleinstehende Mutter arbeiten, wenn sie ihre Kinder nicht unterbringen kann? Das gilt für die Versorgungssituation mit Krippen-, Kita- und Hortplätzen. Und das gilt genauso für die Schulbetreuung. Es mangelt schlicht an Ganztagsangeboten. Und erst recht fehlen Angebote mit ausreichend flexiblen Betreuungszeiten.

Unser Schulsystem ist eben keineswegs in dem Sinne `verlässlich` dass es die Erwerbstätigkeit von Alleinerziehenden verlässlich ermöglicht. Dafür brauchen wir die gebundene Ganztagschule. Das Angebot an Betreuungszeiten in Kitas und Schulen ist faktisch weit entfernt von der zeitlichen Flexibilität, die Erwerbstätigkeit heute von den Menschen fordert.

Das Selbstbestimmungsstärkungsgesetz muss in vollem Umfang gelten und umgesetzt werden

Im Juni 2009 verabschiedete der Landtag das Gesetz zur Stärkung von Selbstbestimmung und Schutz von Menschen mit Pflegebedarf oder Behinderung. Im Zuge der Föderalismusreform von 2006 war die Gesetzgebungskompetenz auch für die alte Heimgesetzgebung die auf die Bundesländer übertragen worden.

Die Umsetzung des neu verabschiedeten Gesetzes lässt allerdings seither auf sich warten. Das zuständige Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit schafft es seit Sommer 2009 nicht, die notwendigen Verordnungen für den Bereich der stationären Einrichtungen (Alten- und Pflegeheime) und für das Betreute Wohnen zu erlassen. In einem Antrag der SPD wurde die Landesregierung nun aufgefordert, umgehend einen Verordnungsentwurf vorzulegen und den Sozialausschuss in die Beratungen mit einzubeziehen.

DIE LINKE unterstützte den Antrag. In ihrer Rede in der Debatte zu diesem Thema sagte Ellen Streitböcker: „Es kann nicht sein, dass der Landtag ein Gesetz verabschiedet und dieses Gesetz im Bereich der stationären Einrichtungen nur teilweise wirksam wird, weil das

Ministerium inzwischen mehr als eineinhalb Jahre braucht, um eine Durchführungsverordnung abzustimmen und zu vereinbaren.“ Weiter führte Ellen Streitböcker im Landtag aus: „Wir wollen, dass das Selbstbestimmungsstärkungsgesetz in allen seinen Teilen umsetzbares Recht wird. Und zwar möglichst schnell. Wenn das Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit in achtzehn Monaten nicht in der Lage ist, sich mit den Kommunen und den Trägerverbänden abzustimmen, dann wäre es die Aufgabe des Ministeriums gewesen, von sich aus den entsprechenden Fachausschuss des Landtages zu informieren und in die Beratung einzubeziehen.“

DIE LINKE unterstützt daher die Forderung an die Landesregierung, unverzüglich einen Verordnungsentwurf vorzulegen.“

Der Antrag wurde im Landtag gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt. Die schwarzen Regierungsfractionen setzten einen eigenen Änderungsantrag durch, in dem die verschwiegene Untätigkeit des Ministeriums als gelebter Grundsatz von Gründlichkeit vor Schnelligkeit zu Ehren kam.

*Heinz-Werner Jezewski
in der Debatte über
politische Führung
und die Wahrnehmung
schleswig-holsteinischer
Interessen:*

*„Der Steuermann lügt,
der Kapitän ist betrunken
und der Maschinist ist in dumpfe
Lethargie versunken. Die
Mannschaft lauter meineidige
Halunken, der Funker zu feig,
um SPS zu funkeln. Klabausermann
führt das Narrenschiff. Volle
Fahrt voraus und Kurs auf 's Riff.“*

*„Wir wollen, dass das
Selbstbestimmungsstärkungsgesetz
in allen seinen Teilen umsetzbares
Recht wird. Und zwar möglichst
schnell.“
(Ellen Streitböcker)*

Die Kita-Mittel müssen in den Einrichtungen ankommen

Nach der Streichung des dritten beitragsfreien Kita-Jahres versprach die Landesregierung durch die Bereitstellung zusätzlicher Mittel in Höhe von 10 Millionen die Qualität der frühkindlichen Bildung zu sichern. Seitdem rühmt sich die Landesregierung damit. Dabei vergisst sie zu erwähnen, dass das Land netto 16 Millionen Euro weniger für die KiTas ausgibt.

Zudem gibt es noch ein weiteres Problem. Denn seit der Ankündigung im Mai letzten Jahres ist nicht viel passiert. Obwohl die Mittel seit einem dreiviertel Jahr angekündigt sind, gibt es bisher nicht einmal einen gültigen Erlass. Zeitmanagement scheint nach Meinung der LINKEN ein zentrales Problem im Bildungsministerium zu sein. Und da stellt sich die Frage nach den Gründen: Überforderung oder Arbeitsverweigerung des Bildungsministers? Hinzu kommt, dass im Erlassentwurf nicht mehr von der Verbesserung der KiTa-Standards die Rede ist und das Ministerium auch auf einen Verwendungsnachweis für die Mittelvergabe verzichtet. Genau dies ist aber angesichts der Finanznot der Kommunen unbedingt erforderlich. Sonst ist zu befürchten, dass die Gelder in den kommunalen Haushalten verschwinden, ohne bei den Kindern anzukommen. Die Aufstockung der KiTa-Mittel sollte nach Auffassung der LINKEN zur direkten Qualitätssteigerung

eingesetzt werden. Und genau aus diesem Grunde kritisiert sie den Erlassentwurf. Unter anderem sieht dieser nur Zuschläge für die Sprachförderung von Kindern aus Familien, in denen überwiegend kein Deutsch gesprochen wird, und für die Erhöhung der Betreuungszeiten vor. Das geht uns nicht weit genug.

Denn die Probleme, die die KiTas immer wieder beklagen, sind weitreichender. Da geht es um überfüllte Gruppen, um Überforderung der Erzieherinnen bzw. Erzieher und um hohe Krankenstände. Hier wird dringend mehr Geld gebraucht, um die Qualität der Einrichtungen abzusichern.

DIE LINKE fordert weiterhin eine auskömmliche Finanzierung von Kindertagesstätten, um Standards und Arbeitsbedingungen zu verbessern, um Familien zu entlasten und allen Kindern die Teilhabe an einer guten frühkindlichen Bildung zu ermöglichen.

„Zehn Millionen Euro sind nicht genug, um Qualitätsstandards wirklich zu erhöhen, denn diese Summe kann kaum die Kostensteigerung der vergangenen Jahre auffangen“, so Ellen Streitböcker, Abgeordnete der LINKEN.

*„Zehn Millionen Euro sind nicht genug,
um Qualitätsstandards wirklich zu erhöhen,
denn diese Summe kann kaum die
Kostensteigerung der vergangenen
Jahre auffangen.“
(Ellen Streitböcker)*

Lastenausgleich statt Staatsverschuldung

In den letzten Wochen standen finanzpolitisch zwei Themen im Vordergrund. Zum ersten der Länderfinanzausgleich und zum zweiten die Klage des Landtages gegen die Verankerung der sogenannten „Schuldenbremse“ für die Länder im Grundgesetz.

Beide Themen sind eng miteinander verknüpft. Denn in der Föderalismuskommission, die auch den Vorschlag für die „Schuldenbremse“ beinhaltet, einigten sich die Bundesländer darauf, das System des Länderfinanzausgleiches bis 2019 nicht anzutasten. Dies ist quasi die Geschäftsgrundlage für die „Schuldenbremse“.

In den letzten Wochen haben die „Geber-Länder“, allen voran Baden-Württemberg mit der Aufkündigung des Länderfinanzausgleiches gedroht. Uli Schippels für DIE LINKE bezeichnete dies in seiner Rede als Wahlkampfgetöse des bergangsmittlerpräsidenten Mappus. Dieser Spuk sei spätestens am 20. März vorbei.

Die Klage des Schleswig-Holsteinischen Landtages gegen die „Schuldenbremse“ scheint verwirrend. Zum einen klagt der Landtag, zum anderen hat er selbst mit den Stimmen der Hartz - IV-Parteien und des SSW die „Schuldenbremse“ in der Landesverfassung verankert.

Letztlich richtet sich die Klage nicht gegen die „Schuldenbremse“ an sich, sondern dagegen, dass die Grundgesetzänderung in die Finanzautonomie der Länder eingreift. In einem Antrag forderte Bündnis 90/Die Grünen nun, dass sich die Landesregierung der Klage des Landtages anschließe. Hintergrund sind zum einen entsprechende Zeitungsmeldungen, zum anderen ist es wohl so, dass die Klage des Landtages vor dem Verfassungsgericht aus formalen Gründen weniger Chancen hat als die Klage einer Landesregierung.

Uli Schippels befürwortete für DIE LINKE den Beitritt der Landesregierung zur Klage.

*„Das ist die Wirklichkeit in Deutschland. Die Verluste werden sozialisiert, die Gewinne werden privatisiert. Da wundert man sich dann auch nicht mehr, dass die öffentlichen Haushalte so dastehen, wie sie leider dastehen.“
(Uli Schippels)*

Zwar könne dadurch Schleswig-Holstein nicht mehr geholfen werden, aber zumindest andere Bundesländer könnten vor dem Schicksal der „Schuldenbremse“ bewahrt werden. Leider kam es nicht zur Verabschiedung des Antrages, das die Grünen den Antrag während der Plenardebatte zurückgezogen haben.

Für DIE LINKE fordert Uli Schippels zur Verbesserung der Finanzsituation des Landes die Einrichtung eines Altschuldentilgungsfonds auf Bundesebene. Denn letztlich sei der Haushalt des Landes schon ausgeglichen, wenn mensch die Zinszahlungen für die Altschulden heraus rechne.

DIE LINKE brachte die Idee eines Lastenausgleichs zur Finanzierung dieses Fonds in die Debatte ein. Ähnlich des alten Lastenausgleiches von 1952 könnten die Haushalte entlastet werden. Die Gewinner der Verschuldung der öffentlichen Haushalte, die Profiteure würden dadurch zur Kasse gebeten werden.

Uli Schippels wies in diesem Zusammenhang auf zwei Ticker-Meldungen des Tages hin. Zum einen wurde berichtet, dass Deutschland 2010 die Defizitquote von 3 Prozent wieder gerissen hat. Bund Länder und Gemeinden haben im letzten Jahr 82 Mrd. Euro Defizit gehabt.

Gleichzeitig wurde berichtet, dass die Commerzbank, die der Staat mit stillen Einlagen von 16,2 Mrd. Euro gerettet hat, 2010 keine Steuern zahle, da ihre HGB-Bilanz negativ sei. Auf der anderen Seite ist die Bilanz der Commerzbank nach dem internationalen IFRS - Standard positiv, mit der Folge, dass Boni in Höhe von 500 Millionen Euro ausgeschüttet werden.

Das, so Schippels, „ist die Wirklichkeit in Deutschland. Die Verluste werden sozialisiert, die Gewinne werden privatisiert. Da wundert man sich dann auch nicht mehr, dass die öffentlichen Haushalte so dastehen, wie sie leider dastehen.“ Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte sei eben die eine Seite der Medaille, die andere sei der ständig wachsende Reichtum in wenigen Händen.

Netzneutralität - Gegen die Macht der Konzerne

Netzneutralität ist ein Thema, das weltweit immer mehr an Bedeutung gewinnt. Netzneutralität ist gegeben, wenn jeder Internetuser, zu jeder Zeit, alle Angebote, die frei im Internet zur Verfügung stehen einsehen und nutzen kann.

Nun gibt es schon seit einigen Jahren Bestrebungen, diese Netzneutralität wieder aufzuheben. Das geschieht auf mehreren Ebenen: Zugangsanbieter versuchen, von Inhaltsanbietern Gebühren zu kassieren, wenn diese ihre Inhalte über deren Zugänge veröffentlichen wollen. Die technischen Möglichkeiten sind heute schon so weit, dass Länder wie China oder Libyen die Möglichkeit haben, den gesamten Internetverkehr in ihrem Bereich einzu-

schränken oder gar ganz zu stoppen.

Ein interfraktioneller Antrag der SPD, Grünen und der LINKEN fordert die Landesregierung auf sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass Netzneutralität gesetzlich festgeschrieben wird. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung in den Innen- und Rechtsausschuss überwiesen.



Foto: Lionel Maass

Energiewende jetzt!

Gleich mehrmals diskutierte der Landtag in seiner Februar-Sitzung über die Energiepolitik. Es gab Tagesordnungspunkte zu Photovoltaik, zu Stromnetzen, zu CCS und zur Offshore-Windenergie.

Anlass für die Aktuelle Stunde zu CCS ist der Streit zwischen Bund und Ländern bei den gesetzlichen Regeln für die CCS-Technologie.

Die Landesregierung von Schleswig-Holstein begrüßt diese Technologie, die das Zeitalter der fossilen Energieträger verlängert, auf der anderen Seite hat sie sich dem Druck der Straße gebeugt und lehnt die Einlagerung von CO₂ auf dem Gebiet des Landes ab.

Die Bundesregierung auf der anderen Seite sperrt sich gegen die sogenannte Länderklausel. Die Scheinheiligkeit der Landesregierung ist dabei nicht zu toppen. Nach dem „Nur-nicht-bei-mir“ Prinzip wird die Technologie unterstützt, aber die Folgen (Einlagerung in Schleswig-Holstein) sollen nicht getragen werden. So werden dann auch Kohlekraftwerke CCS-Ready befürwortet.

Uli Schippels hat für DIE LINKE diese Doppelmoral kritisiert. Zudem wies er wie auch die anderen Oppositionsfraktionen darauf hin, dass es nicht zu tolerieren sei, wenn CO₂ im Wattenmeer eingelagert werden würde. Ein generelles Verbot der CCS-Technologie sei das Gebot der Stunde.

„Für uns ist die CCS-Technologie einfach nur ein unlauterer Versuch, die Ära der Kohleverstromung um weitere Jahre zu verlängern. Ja- zu verlängern und den Fortschritt bei den erneuerbaren Energien zu stoppen!“, so Uli Schippels in seiner Rede.

Am Donnerstag diskutierte der Landtag auf Antrag des SSW über Photovoltaik-Anlagen.

Die Landesregierung solle geeignete „Dachflächen der Landesliegenschaften für Solar- und/oder Photovoltaikanlagen“ nutzen, um „damit entsprechende Einnahmen zu erzielen bzw. Ausgaben zu senken.“

Auch in der Rede betonte Lars Harms vom SSW vor allem die Wirtschaftlichkeit von Solaranlagen bei der Minimierung der Ausgaben und den Betrieb.

DIE LINKE setzte sich für den Antrag ein. Anders als Lars Harms diskutierte Uli Schippels nicht die Kosten/Nutzen - Relation von Photovoltaikanlagen. Stattdessen legte er den Schwerpunkt auf die den notwendigen Wandel von hin zur Energiewende. Schleswig-Holstein müsse sich schon entscheiden, entweder weiter die Energiepolitik des letzten Jahrtausends zu befördern oder aber auf regenerative Energieerzeugung zu setzen. Beides zugleich geht nicht.

In diesem Kontext kritisierte er die Landesregierung für ihre Position, sowohl die Laufzeitverlängerung von AKWs als auch die CCS-Technologie bei der Kohleverfeuerung mitzutragen.

„Das Fossil-Atomare Zeitalter muss beendet werden, und zwar schnell“, so Uli Schippels.

Desweiteren führte er aus, dass eine Energiewende nur durch radikales Energiesparen und den Ausbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs zu erreichen sei.

Auch Photovoltaik-Anlagen seien nicht per se gut, auch sie brauchen bei der Herstellung Rohstoffe und Energie. Deshalb ist Energiesparen ohne Wenn und Aber der wichtigste Schritt bei der sozial-ökologischen Wende. Dennoch könnten Photovoltaikanlagen helfen. Sie hätten eine bessere Ökobilanz als Strom aus den herkömmlichen fossilen Energieträgern.

Heinz- Werner Jezewski, innen - und rechts-politischer Sprecher der Linksfraktion, bezeichnete den CCS-Gesetzesentwurf in der Landtagsdebatte als umweltpolitische Katastrophe.

Er machte noch einmal deutlich, dass die Gefährlichkeit von CO₂ nicht an Ländergrenzen aufhöre, man deshalb auch keinen Einsatz von CCS in den Nachbarbundesländern wolle und deshalb DIE LINKE ein bundesweites Verbot der unterirdischen Verpressung von CO₂ fordere, zumal diese Möglichkeit ausdrücklich in der EU-Richtlinie zu CCS vorgesehen sei.

„Für uns ist die CCS-Technologie einfach nur ein unlauterer Versuch, die Ära der Kohleverstromung um weitere Jahre zu verlängern. Ja- zu verlängern und den Fortschritt bei den erneuerbaren Energien zu stoppen!“ (Uli Schippels)



Die Fraktion DIE LINKE unterstützt die Gewerkschaften im Kampf um gerechte Löhne, Foto: Lionel Maass

In der Abstimmung setzte die CDU-FDP-Mehrheit ihre Position durch. Demnach soll Photovoltaik nur genutzt werden, wenn es sich ökonomisch rechnet. Die ökologischen positiven Aspekte der Solartechnologie findet dabei keine Berücksichtigung.

Stromnetze in öffentliche Hand

Die Fraktion DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag forderte in der Debatte um den Bericht der Entwicklung der Stromnetze in Schleswig-Holstein eine demokratische, dezentrale und ökologische Energieversorgung für das nördlichste Bundesland.

Übereinstimmung herrschte insoweit zwischen den Fraktionen und der Landesregierung insofern, als dass der Netzausbau in Schleswig-Holstein mit der Ausbaugeschwindigkeit der Erneuerbaren Energien nicht Schritt halte. Doch das blieb auch die einzige Übereinstimmung.

Björn Thoroë verdeutlichte noch einmal die Folgen, die dieses schwarz-gelbe Versäumnis hätten, indem er u.a. darauf hinwies, dass durch den bisher verzögerten Netzausbau in Schleswig-Holstein allein heute schon ca. 15% der Jahresleistung der installierten Windkraftanlagen abgeschaltet werden müssten, da der Strom nicht ins Netz gespeist werden könne. „Große Energiekonzerne haben kein Interesse daran, Stromnetze auf erneuerbare Energien auszurichten. DIE großen Energiekonzerne wollen möglichst lange ihre hoch profitablen Atom- und Kohlekraftwerke am Netz behalten. Und sie werden von der Landesregierung, zu Lasten der Bevölkerung Schleswig-Holsteins bei diesem Vorgehen unterstützt“, mahnte Thoroë an.

Ziel sei eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energie zu produzieren. Die

könne in einem modernen zukunftsgeordneten Stromnetz durch verbesserte Stromspeicherung und den Einsatz von Erdkabeln erreicht werden. Gegen letztere sprachen sich sowohl FDP und CDU sich geschlossen aus und warben stattdessen für mehr Bürgerbeteiligung um die Akzeptanz von Freileitungen zu erschleichen. „Erdkabel sind objektiv die richtige Wahl. Die höheren Kosten von Freileitungen während des Betriebes werden von CDU und FDP aber in Kauf genommen, weil sie damit die Lobby zufrieden stellen. Die Kosten tragen bekanntlich die Verbraucherinnen und Verbraucher und die stehen bei der Landesregierung bekanntlich nicht an erster Stelle“, stellte Thoroë abschließend fest.

Vorfahrt für Windkraft

DIE LINKE ist gegen die Blockade Erneuerbarer Energien und für den Ausbau und Entwicklung der Offshore-Windkraft. Die stellte Björn Thoroë, wirtschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion, im Rahmen der Plenardebatte zum Thema nachhaltige Entwicklung der Offshore-Windkraft klar.

„Dass wir über die Frage von nachhaltiger Entwicklung von Offshore-Windkraft überhaupt mit Schwarz-Gelb diskutieren müssen, ist ein weiteres Beispiel für die Scheinheiligkeit von CDU und FDP, wenn es um Erneuerbare Energien geht“, erklärte Björn Thoroë.

DIE LINKE unterstütze die Forderungen nach einem nachhaltigen Ausbau und die Fortentwicklung von Offshore-Windkraft in Schleswig-Holstein. Voraussetzung dafür seien aber die Einstellung aller Bauvorhaben für Kohlekraftwerke und die Anpassung der Stromnetze in Schleswig-Holstein für Erneuerbare Energien.

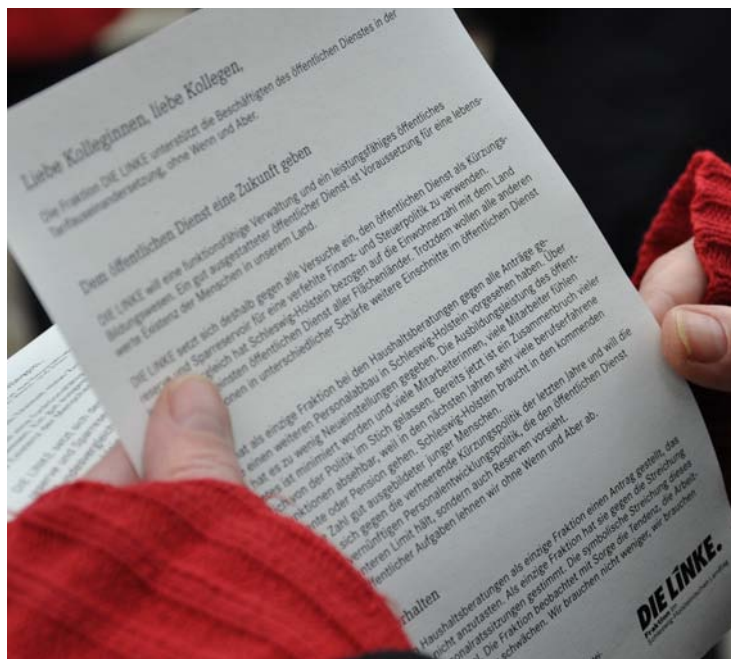
Zudem habe der Nachhaltigkeitsbegriff neben einer ökologischen auch eine soziale Komponente. Deshalb forderte Björn Thoroë in seiner Rede, dass auch Offshore-Windparks für

Genossenschaften offen stehen sollten und das Land Schleswig-Holstein auch endlich eigene Investitionen in diesem Bereich tätige. Er fügte hinzu, dass die Landesregierung auf dem Weg sei, mit ihrem stümperhaften Vorgehen, dass sie momentan an den Tag lege, zukunftssträchtige Energieformen, wie die Offshore-Windkraft scheitern zu lassen und ausschließlich den bekannten großen Energieriesen zuspiele.

Den ersten Schritt um die Befürchtung Thoroës wahr machen zu lassen, nahmen die regierungstragenden Fraktionen als sie den Antrag erwartungsgemäß mit ihren Stimmen gegen die Stimmen der Opposition ablehnten.

„Große Energiekonzerne haben kein Interesse daran, Stromnetze auf erneuerbare Energien auszurichten. Die großen Energiekonzerne wollen möglichst lange ihre hoch profitablen Atom- und Kohlekraftwerke am Netz behalten.“
(Björn Thoroë)

„Dass wir über die Frage von nachhaltiger Entwicklung von Offshore-Windkraft überhaupt mit Schwarz-Gelb diskutieren müssen, ist ein weiteres Beispiel für die Scheinheiligkeit von CDU und FDP, wenn es um Erneuerbare Energien geht.“
(Björn Thoroë)



Flyer der Fraktion, Solidarität in der Tarifauseinandersetzung. Foto: Lionel Maass

Frauenfacheinrichtungen und Mädchentreffs verteidigen!

Die Fraktion DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag hatte schon im November 2010 zusammen mit den anderen Oppositionsfraktionen Anträge zum Erhalt der Frauenfacheinrichtungen und Mädchentreffs in den Landtag eingebracht. Nachdem diese im Ausschuss diskutiert wurden, nahm Antje Jansen, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion, die Gelegenheit wahr, im Rahmen der Plenarsitzung noch einmal der Landesregierung und den regierungstragenden Fraktionen die traurigen Ergebnisse ihrer Kürzungspolitik vor Augen zu halten.

„Wo kein politischer Wille ist, Einrichtungen, die den Mädchen und Frauen Schleswig-Holsteins zu erhalten, da ist auch kein politischer Weg“, urteilte Jansen. Sie forderte die Landesregierung auf, den Mädchentreffs zumindest verbindlich zuzusagen, bei den notwendigen Verhandlungen mit den Kommunen über alternative Finanzierungswege zu helfen und

entlarvte Schwarz-Gelb als unglaubwürdig. Zum einen würden sie die Notwendigkeit und Wichtigkeit von Mädchentreffs anerkennen, zum anderen aber keinerlei Unterstützung zusagen und dann auch noch Krokodilstränen vergießen.

Zudem wies sie daraufhin, dass die von Schwarz-Gelb geplante Überweisung der Finanzierung ins FAG für die Frauenfacheinrichtungen insofern fatal seien, als dass sich Frauenhäuser und Frauenfachberatungsstellen nunmehr aus einem Topf bedienen müssten. „Der Kuchen wird kleiner, aber mehr sollen davon essen“, so Jansen. „Hören Sie endlich auf Frauen und Mädchen in diesem Lande zum Opfer ihrer unsozialen, frauenfeindlichen Politik zu machen“, forderte Jansen abschließend. Der Erhalt von Frauenfacheinrichtungen und Mädchentreffs konnte wegen der Ablehnung von Seiten der Frauen aus den Fraktionen von CDU und FDP leider nicht gesichert werden.

„Wo kein politischer Wille ist, Einrichtungen, die den Mädchen und Frauen Schleswig-Holsteins zu erhalten, da ist auch kein politischer Weg.“

(Antje Jansen)

Verbindlicher Frauenanteil im Aufsichtsrat des UKSH – Änderung des Hochschulgesetzes

Bereits das Grundgesetz normiert eine Gleichbehandlung von Frauen und Männern, die alle staatliche Gewalt verpflichtet. Doch die Umsetzung ist keineswegs Praxis. Bereits ein Blick auf die schwarz-gelbe Landesregierung offenbart, dass Frauen oft nur schmückendes Beiwerk sind. Ein ähnliches Bild zeichnet sich im Wissenschaftsbetrieb. Vor gut einem Jahr waren in Deutschland weniger als 20 % der Lehrstühle an Hochschulen durch Frauen besetzt. Das ist ein Armutszeugnis im europäischen Vergleich. In Schleswig-Holstein wird sogar weniger als jeder sechste Lehrstuhl von einer Frau besetzt.

Die GRÜNEN haben Parität neu definiert und beantragten in ihrem Antrag, vier der neun Plätze des Aufsichtsrates des UKSH mit Frauen zu besetzen. Derzeit setzt sich der Aufsichtsrat des UKSH aus sechs Männern und drei Frauen zusammen.

Ausgrenzungsmechanismen sind noch immer fest in den bestehenden Gesellschaftsstrukturen verankert. Geschlechtergerechtigkeit ist nicht nur das Problem der Hochschulen. Es handelt sich um ein gesellschaftlich verankertes Geschlechterregime. Ohne eine Veränderung der strukturellen Rahmenbedingungen, wird es auch in Zukunft keine Geschlechtergerechtigkeit geben. DIE LINKE forderte in der Landtagssitzung eine sanktionsbewehrte Frauenquote von mindestens 50% in allen Vorständen und Aufsichtsräten.

Es helfe niemanden, so Björn Thoroë für DIE LINKE, wenn die Landesregierung und die regierungstragenden Fraktionen stets auf positive Einzelfälle verwiesen. Die Statistiken belegen: Es gibt immer mehr hochqualifizierte

Frauen, die im Schleswig-Holsteinischen Patriarchat keinen Zugang zu Führungspositionen haben.

„Herr de Jager scheint nicht daran interessiert zu sein, den Anteil der Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Es gibt keine ausgearbeiteten Konzepte der Landesregierung, um dieses Problem anzugehen“, so Björn Thoroë, hochschulpolitischer Sprecher der Landtagsfraktion.

Der Bildungsausschuss wird sich in den kommenden Monaten weiter mit diesem Thema auseinandersetzen. DIE LINKE streitet für eine geschlechtergerechte Welt. Es geht nicht nur darum die Vorstände und Aufsichtsräte anders zu besetzen.

DIE LINKE setzt sich für die Aufhebung geschlechterdeterminierter Einkommensunterschiede, transparente Auswahlverfahren und Konzepte zur Qualifizierung von weiblichen Führungskräften und einen familienfreundlichen Wissenschaftsbetrieb ein.

„Herr de Jager scheint nicht daran interessiert zu sein, den Anteil der Frauen in Führungspositionen zu erhöhen. Es gibt keine ausgearbeiteten Konzepte der Landesregierung, um dieses Problem anzugehen.“

(Björn Thoroë)



Frauenprotest gegen Kürzungen, 15.12.2010, Foto: Ramona Hall

„Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“...

*„Es kann nicht sein, dass es einen Unterschied macht, in welchem Kreis die Jugendlichen das erste Mal mit den Behörden in Kontakt kommen. Davon hängt ab zurzeit, ob sie Jugendhilfeleistung bekommen und individuelle aufenthaltsrechtliche Beratung, oder ob sie auf sich gestellt in Massenflüchtlingsunterkünften unterkommen.“
(Antje Jansen)*

... so nennen wir jene Gruppe junger Menschen bis 18 Jahre, die aufgrund von Krieg, Verfolgung, Zwangsrekrutierung oder anderen harten Schicksalsschlägen, von ihrer Familie getrennt wurden und ihre Heimat auf der Suche nach Sicherheit verlassen mussten. Zurzeit kommen sie aus den Krisenregionen Afghanistan und Irak und finden sich hier in einer völlig unbekanntem Umgebung wieder.

Durch eine große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 02.02.2011 kam heraus, dass alleine bis zum Oktober 2010 269 jugendliche Flüchtlinge von Jugendämtern in Obhut genommen wurden, Tendenz steigend. Laut Antwort der Landesregierung werden jedoch nur 20 Plätze in Jugendhilfeeinrichtungen bereitgestellt, die auf die besonderen Anforderungen und Bedürfnisse von jugendlichen Flüchtlingen eingerichtet sind.

Deshalb forderte unsere migrationspolitische Sprecherin Antje Jansen im Plenum eine kind- und jugendgerechte Betreuung unbegleiteter

minderjähriger Flüchtlinge. Auch die anderen Oppositionsparteien äußerten sich kritisch zu der jetzigen Versorgungssituation. Die Regierung verwies auf die Haushaltslage und darauf, dass die Inobhutnahme von minderjährigen Flüchtlingen in den Aufgabenbereich der Landkreise und kreisfreien Städte falle. Dazu sagte Jansen: „Es kann nicht sein, dass es einen Unterschied macht, in welchem Kreis die Jugendlichen das erste Mal mit den Behörden in Kontakt kommen. Davon hängt ab zurzeit, ob sie Jugendhilfeleistung bekommen und individuelle aufenthaltsrechtliche Beratung, oder ob sie auf sich gestellt in Massenflüchtlingsunterkünften unterkommen. Die Landesregierung ist hier gefragt, sie muss jetzt konkrete Schritte zur Verbesserung der Situation vorschlagen“.

Ein weiteres Problem auf das Jansen im Parlament hinwies ist die sogenannte Abschiebungshaft, in die junge Flüchtlinge immer wieder geraten. Die Tatsache, dass Minderjährige in Haft genommen und nicht in für Jugendliche angebrachte Einrichtungen untergebracht werden ist ein Skandal, der aufhören muss. DIE LINKE wird sich daher auch in Zukunft für die Rechte der jungen Menschen einsetzen, die in Schleswig-Holstein Schutz und Sicherheit suchen.

„Wäre Minister Klug ein Auto, er käme nicht durch den TÜV.“

*„Schleswig-Holstein braucht einen Minister bzw. eine Ministerin mit Verantwortungsbewusstsein, ein belastbares Zeitmanagement und Kompetenz. Wäre der Minister ein Auto, käme er mit der Mängelliste nicht durch den TÜV.“
(Ellen Streitböcker)*

DIE LINKE kritisiert Minister Dr. Klug für seinen Auftritt während der Fragestunde in der Landtagsdebatte. Herr Klug musste sich in über 100 Minuten den kritischen Fragen der Opposition zur Umsetzung des Schulgesetzes und einigen fragwürdigen Erlassen der letzten Wochen stellen.

Aus seinen Antworten gehe hervor, dass die an seiner Arbeit geäußerte Kritik der letzten Monate gerechtfertigt und nicht ausgeräumt sei. Er hat sich mit seinem neuen Schulgesetz übernommen und ihm fehlten die Konzepte zur Umsetzung. Fachlich disqualifizierte er sich durch inakzeptable Erlassentwürfe, menschlich durch sein Fehlverhalten als Dienstherr im Bildungsministerium seinen in der Kritik stehenden Mitarbeitern umgehend zur Seite zu stehen. Weiterhin hat er eingeräumt den zurückgezogenen Erlassentwurf zur Einteilung der SchülerInnen in die G8/G9-Zweige bereits seit Januar gekannt zu haben. Wegen möglicher Unruhen hat er von einer Veröffentlichung vor Verabschiedung des Schulgesetzes jedoch abgesehen. Sein Argument, er habe den Entwurf gerade 10-15 Minuten gelesen und deshalb die Möglichkeit der Fehldeutung von Formulierungen übersehen, wirkt damit mehr als unglaubwürdig.

Auf Nachfrage gab Herr Klug zu, dass der Elternwille für ihn nicht ausschlaggebend ist. Er hat keine Idee, wie das Y-Modell an den Gymnasien umgesetzt werden soll und damit

kein richtiges Verfahren für die Zuordnung der Schülerinnen und Schüler zu G8 oder G9. Stattdessen soll gegebenenfalls das Los entscheiden. Verantwortungsvolle Bildungspolitik sieht für DIE LINKE deutlich anders aus!

Minister Klug hat sich mit seinem neuen Schulgesetz übernommen. Er glänzte durch sein miserables Zeitmanagement, mit dem er die Schulen und alle Beteiligten ins Chaos stürzte. Obwohl das Schulgesetz durch interne Querelen der Regierungsfractionen mit einigen Monaten Verspätung in den Landtag eingebracht wurde, gab es keine zeitliche Nachregulierung im Hinblick auf die Umsetzung. Nun müssen Schulen, Schulträger, Lehrkräfte und Lernende darunter leiden und die schwarz-gelbe Chaospolitik in die Tat umsetzen.

„Schleswig-Holstein braucht einen Minister bzw. eine Ministerin mit Verantwortungsbewusstsein, ein belastbares Zeitmanagement und Kompetenz. Wäre der Minister ein Auto, käme er mit der Mängelliste nicht durch den TÜV“, so Ellen Streitböcker, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion.



SchülerInnenstreik in Kiel 2010, Foto: Ramona Hall

Impressum:

Fraktion DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Vi.S.d.P.:
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Ramona Hall
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

fon 0431-988 1612
fax 0431-988 1618
hall@linke.ltsh.de